

+ ABSICHERUNG IM FALLE EINES FALLES - DIE BERUFSUNFÄHIGKEITSRENTE DER ÄVWL +

Zu krank für die Arbeit?



DIE MITGLIEDER DES RENTEN-
AUSSCHUSSES BEFASSEN
SICH DETAILLIERT MIT JEDEM
EINZELFALL.

„Arzt sein schützt vor Krankheit nicht.“ Diese Erkenntnis führt immer wieder dazu, dass auch Mitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe vor Erreichen der Regelaltersgrenze einen Antrag auf Berufsunfähigkeitsrente stellen. Doch wann gilt man überhaupt als berufsunfähig? Und wer entscheidet darüber? Das sind nur zwei von vielen Fragen, die Mitglieder gelegentlich an das Versorgungswerk richten.

In welchen Fällen Mitglieder eine Berufsunfähigkeitsrente beanspruchen können, ergibt sich aus § 10 der Satzung der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Im Unterschied zum Recht der gesetzlichen Rentenversicherung, wo bei Erwerbsminderungsrenten eine bestimmte Vorversicherungszeit gefordert wird, sind bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe **bereits mit der Zahlung der ersten Versorgungsabgabe** die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen dauerhaft erfüllt. Das ist insbesondere wichtig für Berufsanfänger, die damit auch schon in jungen Jahren einen wirkungsvollen Versicherungsschutz besitzen.

Von medizinischer Seite aus ist es erforderlich, dass die **Leistungsminderung vollständig und mehr als sechs Monate** vorliegen muss. Dabei bezieht sich die vorliegende Leistungsminderung nicht allein auf die zuletzt ausgeübte ärztliche Tätigkeit. Denn nach dem Satzungswortlaut ist ein Mitglied erst dann als berufsunfähig anzusehen, wenn „seine Fähigkeit zur Ausübung jedweder ärztlicher Tätigkeit zur Einkommenserzielung“ entfallen ist. Eine **Verweisung im Rahmen des gesamten ärztlichen Berufsfeldes** (wie zum Beispiel gutachterliche Tätigkeiten) ist somit möglich, sofern diese zumutbar ist. Das bedeutet in diesem Zusam-

menhang auch, dass eine noch ausgeübte ärztliche Tätigkeit erst eingestellt werden muss, ehe die Berufsunfähigkeit im Sinne der Satzung eintreten kann. Eine Rückgabe der Approbation ist jedoch nicht erforderlich.

Das Zusammenwirken dieser Aspekte führt bei Mitgliedern immer wieder zu der Frage, wer über die Anerkennung der Berufsunfähigkeit entscheidet. Nach der Satzung liegt hier die Zuständigkeit bei der Selbstverwaltung, konkret beim Verwaltungsausschuss. Damit der Verwaltungsausschuss bei seiner Arbeit auf alle entscheidungsrelevanten Unterlagen zurückgreifen kann, arbeiten Selbstverwaltung und Verwaltung hier Hand in Hand. Erste Ansprechpartner beim Versorgungswerk sind sowohl Dirk Heidotting als auch Oliver Schwaag aus der Abteilung Mitglieder und Renten. +



**ANSPRECHPARTNER FÜR
DAS THEMA BERUFUNFÄHIGKEITSRENTE:**

Dirk Heidotting +49 (0) 251 5204-108

Oliver Schwaag +49 (0) 251 5204-265



DER RENTENAUSSCHUSS
 DER ÄVWL (V.L.N.R.):
 BÄRBEL WIEDERMANN,
 DR. MED. BERNHARD BEDORF
 UND DR. MED. PETER CZESCHINSKI



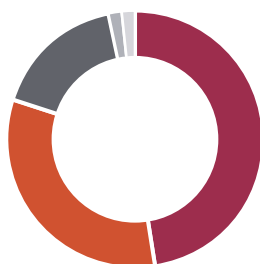
Sie prüfen den Rentenanspruch auf Vollständigkeit und stehen den Mitgliedern im Antragsverfahren beratend zur Seite. In die Antragsbearbeitung eingebunden sind ferner mit Bärbel Wiedermann, Dr. med. Bernhard Bedorf und Dr. med. Peter Czeschinski **drei ärztliche Mitglieder des Verwaltungsausschusses**, die mit ihrem Fachwissen dafür Sorge tragen, dass die medizinischen Aspekte entsprechend gewürdigt werden. In den regelmäßigen Sitzungen des Rentenausschusses, einem Unterausschuss des Verwaltungsausschusses, werten sie die eingereichten medizinischen Unterlagen aus, veranlassen gegebenenfalls Rückfragen bei den behandelnden Ärzten und vergeben Gutachtenaufträge, wenn dies zur Entscheidungsfindung erforderlich ist. Die Gutachtenaufträge werden an einen entsprechenden Facharzt, möglichst

in Wohnortnähe des Mitgliedes, vergeben. Die Kosten der Gutachten werden von der ÄVWL getragen.

Auf der Grundlage der Angaben im Rentenanspruch, der eingereichten medizinischen Unterlagen und der gegebenenfalls zusätzlich eingeholten Gutachten trifft der Verwaltungsausschuss dann seine Entscheidung. Dazu gehört gelegentlich auch die Ablehnung eines Rentenanspruches. Doch bevor hier

ERKRANKUNGEN, DIE ZUR BERUFSUNFÄHIGKEIT FÜHREN

2014 in Prozent



Psychische und Suchterkrankungen	47,7
Tumorerkrankungen	32,3
Erkrankungen des Nervensystems	16,9
Herz- und Gefäßerkrankungen	1,5
Sonstige	1,6



WIE VIEL RENTE BEKOMME ICH?

Auf der Grundlage der individuellen Versorgungsabgaben werden sogenannte Steigerungszahlen ermittelt, die aufaddiert und in einen Rentenbetrag umgerechnet werden. Tritt die Berufsunfähigkeit vor dem 60. Lebensjahr ein und werden zu diesem Zeitpunkt Beiträge gezahlt, gibt es einen Bonus an Steigerungszahlen – die sogenannte Zurechnungszeit. Die Zurechnungszeit hilft dabei, dass auch in jungen Jahren die Berufsunfähigkeitsrente der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe

ihren vollen Schutz entfalten kann. Dieser wird auch dadurch bewirkt, dass – entgegen dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung – keine Kürzungen wegen vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente erfolgen. Die Höhe der individuell zustehenden Berufsunfähigkeitsrente teilt die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe ihren Mitgliedern jährlich im Frühjahr in der „Rentenanwartschaftsmitteilung“ mit.

ein ablehnender Bescheid ergeht, bekommen die Betroffenen die Gelegenheit zur Stellungnahme. Diese sogenannte „Anhörung“ gibt den Antragstellern noch einmal die Möglichkeit, die ihrer Meinung nach nicht hinreichend gewürdigten Aspekte darzulegen. Der Verwaltungsausschuss entscheidet dann erneut über den Antrag und würdigt die neu eingereichten Unterlagen.

Wird eine Berufsunfähigkeit bejaht, hängt es von der weiteren Prognose ab, ob die Rente dauerhaft oder vorübergehend gezahlt wird. Von einer **dauerhaften Berufsunfähigkeit** ist immer dann auszugehen, wenn keine begründete Aussicht besteht, dass mit der Wiedererlangung der Berufsfähigkeit **innerhalb von drei Jahren** gerechnet werden kann. **Vorübergehende Berufsunfähigkeit** liegt vor, wenn die Berufsfähigkeit zwar **für mehr als sechs Monate umfassend entfallen ist, die Wiedererlangung aber innerhalb von drei Jahren möglich** ist. In diesem Fall wird die Rente auf Zeit geleistet; selbstverständlich mit der Option der Verlängerung, wenn entgegen der Prognose die Berufsunfähigkeit weiter andauert.

Ob eine zusätzliche Absicherung gegen Berufsunfähigkeit bei einem privaten Versicherer erforderlich ist, kann nur von jedem Mitglied individuell beantwortet werden, da dies von vielen verschiedenen Faktoren abhängt. Grundsätzlich

ist anzuführen, dass eine solche zusätzliche Absicherung durchaus sinnvoll sein kann, um gegebenenfalls entstehende Versorgungslücken zu vermeiden. Für genauere Informationen stehen Ihnen unsere Ansprechpartner selbstverständlich zur Verfügung. ✕



DEFINITION BERUFUNFÄHIGKEIT

Ein Mitglied ist berufsunfähig, wenn seine Fähigkeit zur Ausübung jedweder ärztlicher Tätigkeit zur Einkommenserzielung, bei der die ärztliche Aus- und Weiterbildung ganz oder teilweise verwandt werden kann (Berufsfähigkeit), infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte vollständig entfallen ist. Dabei ist nicht zu berücksichtigen, ob die Berufsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt umgesetzt werden kann (§ 10 Abs. 2 der Satzung).